JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH"
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251

Nummer 38 | 12. Juni 1919 | י"ד סיון תרע"ט | Preis 30 Cts

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Spezialnummer Polen.

Allgemeiner jüdischer Trauertag in der Schweiz.

Mittwoch, 20. Siwan 5679. / 18. Juni 1919.

Von verschiedenen jüdischen Seiten in der Schweiz, ist in letzter Zeit der Wunsch ausgesprochen worden, es möge im Hinblick auf die andauernd eintreffenden furchtbaren Nachrichten aus den jüdischen Zentren im Osten, ein jüdischer Trauer- und Fasttag eingesetzt werden, um so den Gefühlen des Schmerzes und der Klage Ausdruck zu verleihen.

Nachdem die Nachricht eingetroffen war, dass die Rabbiner des Ostens auf den zwanzigsten Siwan einen allgemeinen Fasttag und Trauertag anberaumt und durch Vermittlung des Zentralbüros der Agudas Jisroel in Zürich, an die Juden sämtlicher Länder die Bitte gerichtet haben, sie mögen sich mit ihnen solidarisch erklären, beschloss der *Schweizer Israelitische Gemeindebund* (Präsident: J. Dreyfus-Brodsky in Basel) den zwanzigsten Siwan auch als Trauertag für sämtliche jüdische Gemeinden der Schweiz festzusetzen. Er verständigte hievon sämtliche Gemeinden der Schweiz am 11. Juni durch folgendes Telegramm:

„400 Rabbiner aus Galizien und Polen haben wegen den andauernden Pogrome auf zwanzigsten Siwan (18. Juni) allgemeinen Fasttag mit Trauergottesdienst eingesetzt. Unser jüdisches Solidaritätsgefühl verlangt, dass die Juden der ganzen Welt an dieser Kundgebung teilnehmen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, ersuche Sie ebenfalls an diesem Tage Trauergottesdienst mit Ansprache und nachfolgender Sammlung zu veranstalten. Programme nebst Gebetexemplaren folgen.
Schweizer Israelitischer Gemeindebund: Dreyfus-Brodsky."

Der Gemeindebund überlässt die Anordnung der Einzelheiten bezüglich des Trauergottesdienstes, sowie auch die Festsetzung eines ganz- oder halbtägigen Fasttages den einzelnen Gemeinden und ihren Rabbinern. Da die Gebetbücher, welche die Selichoth für den besondern Trauertag enthalten, in den meisten Gemeinden nur in wenigen Exemplaren oder gar nicht vorhanden sind, stellt der Gemeindebund den Gemeinden eine Zusammenstellung der besonderen Gebete zur Verfügung.

Neben Tschuwoh und Tefilloh soll auch Zedukoh zu ihrem vollen Recht kommen; in allen Gemeinden soll eine grosszügige Sammlung zu Gunsten der Pogrom-Geschädigten an diesem Trauertag in die Wege geleitet werden.

Es ist zu hoffen, dass dem vom Gemeindebund geäusserten Wunsche in allen jüdischen Gemeinden der Schweiz nachgekommen wird und so durch eine jüdische Kundgebung in der Schweiz, auch die Schweizer-Juden gemeinsam mit allen Juden der Diaspora und Palästinas, als Zeichen brüderlicher Solidarität den zwanzigsten Siwan als Trauer- und Fasttag begehen.

Es wäre sehr zu wünschen, dass wenigstens während der für den Trauergottesdienst anberaumten Stunden die jüdischen Kaufleute ihre Geschäfte schliessen und auch ihren jüdischen Angestellten und Arbeitern die Teilnahme an der Trauer-Kundgebung ermöglichen.

Warschau. Das Zentralkomitee der „Schlome Emune Jisroel" hat alle jüdische Gemeinden Polens aufgefordert, den zwanzigsten Siwan als allgemeinen Fast- und Trauertrag abzuhalten. Die Bewegung, an der sich alle Rabbiner und Rabbis Polens eifrig betätigen, hat weite Kreise gezogen. Das Komitee wandte sich auch nach Palästina mit der Bitte, dort ebenfalls diesen Tag als Fasttag zu begehen. Durch Vermittlung des Zentralbüros der „Agudas Jisroel" in Zürich trachtet das Komitee auch mit anderen Ländern in Verbindung zu treten.

An Paderewski!

Sämtliche jüdisch-nationale Abgeordnete haben, da es ihnen infolge der Geschäftsordnung, die für jede Interpellation 15 Unterschriften verlangt, unmöglich ist, eine Interpellation einzubringen, folgender offenen Brief an den Ministerpräsidenten Paderewski betreffs der schrecklichen antisemitischen Hetze in Polen eingebracht, den wir, infolge Stoffandranges, nur stark gekürzt wiedergeben: Geheime Kräfte sind am Werke, die die Bevölkerung systematisch gegen die Juden aufhetzen und im grossen Masstabe Pogrome und antijüdische Exzesse verursachen. Im März brachen Pogrome in Kalisz, Busk, Szydlow, Stopnica und anderen Orten des Kalischer und Kielcer Kreises aus. Darauf folgten Pogrome in Wielun, Lublin, Miechow, Slomniki, Ksiaze und in ganz Mittel-Galizien, besonders in Rzeszow, Kolbuszowa und Strzyzow.

In der Armee und in der Verwaltung wird eine unerhörte Judenhetze betrieben. Es werden grundlose Revisionen in jüdischen Geschäften, Privathäusern, ja sogar in ganzen jüdischen Vierteln vorgenommen, wobei die Juden ausgeraubt und ausgeplündert werden. Oftmals werden solche Revisionen in jüdischen Bethäusern vorgenommen, wobei die Thorarollen zerfetzt und die Tempeleinrichtung barbarisch zerstört wird.

In Litauen haben die Verfolgungen der Juden ungeheure Formen angenommen. Juden werden ohne Untersuchung vor Gericht gestellt und erschossen. So in Pinsk, Lida, Wilna und letztens in Poryck. Die Schritte, die die Regierung in Westgalizien und Litauen zwecks Eindämmung dieser Pogromwelle unternommen hat, sind ungenügend und erreichen nur, dass die Pogrome nach anderen Orten verpflanzt werden.

Jede Truppenverschiebung im Lande bekommen die Juden am eigenen Leibe zu spüren. Die Posener und Hallerschen Soldaten schlagen, quälen und terrorisieren auf entsetzliche Weise die Juden überall, wo sie ihnen begegnen. In den Hauptstädten, in Warschau und Lublin, in allen anderen Ortschaften, auf den Bahnhöfen und in Eisenbahnzügen werden die Juden in bestialischer Weise misshandelt. Das schändliche Bartabnehmen unter unsäglichen Qualen für die Juden, ist zu einer alltäglichen Erscheinung in Polen geworden. All das geschieht am hellichten Tage, unter den Augen der Behörden, die diesem Treiben tatlos gegenüberstehen und so bei der christlichen Bevölkerung die Ueberzeugung hervorrufen, dass das jüdische Leben und das jüdische Hab und Gut straflos vernichtet werden kann. Gleichzeitig werden Aufrufe veröffentlicht und Kommuniques versendet, die die ganze Schuld den Juden selbst zuschreiben.

Auf dem ganzen Territorium des auferstandenen Polen wütet jetzt ein einziger unaufhörlicher Judenpogrom, der sich von Stadt zu Stadt, von Station zu Station, von einem Eisenbahnwaggon zum anderen fortpflanzt.

Die Juden werden aus allen ihren ökonomischen Positionen vertrieben. Jüdische Eisenbahner werden entlassen, jüdischen Handels- und Gewerbetreibenden werden die Konzessionen entzogen, jüdische Versammlungen nicht zugelassen, über die jüdische Presse wird die Präventivzensur verhängt.

Die jüdisch-nationalen Abgeordneten fordern den Ministerpräsidenten auf, eine klare und eindeutige Antwort zu erteilen, welche Massnahmen er ergreifen will, um endlich diesen Verfolgungen und dieser Entrechtung des polnischen Judentums, ein Ende zu machen. Die Abgeordneten erklären sich bereit, alle vorgebrachten Beschwerden mit Tatsachen und Dokumenten zu belegen.

Unterfertigt sind die Abgeordneten: Hartglas, Thon, Grünbaum, Rosenblatt, Halpern, Perlmutter, Prilucki, Hirschhorn und Weinzieher.

(Dieser offene Brief, der im Wortlaute von allen jüdischen Zeitungen Warschaus wiedergegeben wurde, ist merkwürdigerweise im Krakauer Nowy Dziennik von der Zensur mit der Begründung, derselbe beruhe nicht auf Tatsachen und reize zu Rassenhass auf, zur Gänze konfisziert worden. Charakteristisch ist, dass gleichzeitig die polnischen antisemitischen Zeitungen Krakaus diesen offenen Brief unter Hinzufügung kritischer, aggressiver Bemerkungen abdrucken durften. Anm. der J. P. Z.)

Die ökonomische Lage der Juden in Polen.

Herr *Bernard Horwich,* Vertreter des amerikanischen „Joint Distribution Committee" und Mitglied der nach Polen entsandten Kommission, hatte die Freundlichkeit, auf seiner Durchreise nach Paris in Zürich dem Vertreter der „Jüdischen Presszentrale" über die wirtschaftliche Lage der Juden in Polen folgende Einzelheiten mitzuteilen:

In Amerika sammeln drei verschiedene Komitees Gelder für die durch den Krieg in Not geratenen Juden Europas. Das „American Jewish Relief Committee" sammelt unter den ganz reichen Juden, das „Central Relief Committee" unter dem Mittelstande und das „Peoples Relief Committee" unter den Arbeitern. Sodann gibt es noch ein viertes Komitee, das Verteilungskomitee, welches „Joint Distribution Committee" heisst. Die drei ersten Komitees bringen die Gelder dem Verteilungskomitee. Seit dem Krieg wurden 25 Millionen Dollar gesammelt. Vor 4 Monaten wurde eine Kommission von 12 Mitgliedern gewählt, welche sich nach verschiedenen europäischen Ländern begaben, um das gesammelte Geld zu verteilen.

Diese Kommission besteht aus 3 Mitgliedern für Polen, 3 für Oesterreich (welche jetzt in Wien sind), 3 für Rumänien und 3 halten sich noch in Holland auf und werden wahrscheinlich nach Russland gehen.

Ich bin vom Central Relief Committee gewählt worden, um mit noch 2 Herren nach Polen zu gehen. Die Namen der weiteren zwei Mitglieder sind *Isidor Hershfield* (Vertreter des Peoples Relief Committee) und *B. Zuckermann.* In Warschau haben wir ein Büro eröffnet. Wir haben zwei Schiffe mit Lebensmitteln mitgebracht, d. h. ein Schiff ist mit uns angekommen, das andere kam später nach. Weitere Schiffssendungen werden folgen. Die zwei ersten Schiffe enthielten ca. 10,000 Tonnen Mehl, kondensierte Milch, Pflanzenöl etc., ferner Schuhe und Kleidungsstücke. Wir haben in Warschau 75 Verteilungsstellen errichtet, von wo die Sachen verteilt werden an all diejenigen Notleidenden, die sich eingeschrieben haben. Als ich Warschau verliess, waren es ca. 135,000 Personen, die sich registriert hatten. Wir stellten 100 Kontrolleure, meistens Studenten an und jede Familie wurde kontrolliert, ob sie wirklich hilfsbedürftig sei, speziell während der Osterfeiertage haben wir ca. 136,000 Personen rituell verpflegt. Ferner

haben wir *25 Milchverkaufsstellen für Kinder* in Warschau eröffnet, desgleichen in anderen Städten der Provinz, wo ein grosses Glas kondensierte Milch, vermischt mit Wasser an Kinder für 10 Pfennige abgegeben wird. Kinder, die rein und sauber kommen, erhalten die Milch gratis. In Warschau gibt es ungefähr 350,000 Juden. Wir stellten folgendes fest: 25 % davon hungern, 25 % können nicht ohne Hilfe existieren, 35 %, d. h. die Mittelklasse, die Kleinhändler und Arbeiter, die Arbeit haben, vegetieren, aber sie müssen sich abquälen und 15 % gehören der wohlhabenden Klasse an. Der Bericht der Gemeindevorsteher lautet ungefähr: 135,000 Personen müssen im Durchschnitt mit 1 Mark pro Tag unterstützt werden, das macht monatlich ungefähr $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Sie erhalten von Amerika ca. $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark monatlich. Das übrige müssen sie selbst aufbringen.

Einer der Hauptfehler, den wir dort vorfanden, ist, dass die Juden für wohltätige Zwecke nicht vereinigt sind. Sie sind in Gruppen geteilt, jede Gruppe sorgt nur für ihre eigene Anstalt, aber nicht für die anderen, was Zwistigkeiten und Uneinigkeit verursacht. Wir haben nun drei Personen, die die Verhältnisse gut kennen, damit betraut, die verschiedenen Gruppen zu vereinigen.

Die ökonomische Lage in Warschau ist ungeheuer traurig. Täglich sterben Leute an Unterernährung. Ausserhalb Warschaus ist die Lage noch viel schlimmer. In der Provinz und in den kleinen Dörfern ist man absolut hilflos. Ich habe hunderte von Familien vorgefunden, die nur von einem Teller Suppe pro Tag leben, die sie von den öffentlichen Küchen erhalten. Die Suppe besteht aus Kartoffeln, Hafergrütze und etwas Fett. Für 500 Portionen Suppe werden 5 Pfund Fleisch verwendet. Gewöhnlich stellt sich die Mutter oder ein Mitglied der Familie um 12 Uhr, manchmal schon eine Stunde früher, an, um die Suppe für die ganze Familie zu holen. Passiert es, dass die Suppe verteilt wird, bevor sie an die Reihe kommt, oder falls das Kind, welches nach der Suppe geschickt wird, nicht zurückkommt, so bleibt die ganze Familie bis am nächsten Tag ohne Essen. An einem Platze fand ich eine Amerikanerin mit vier Kindern, die vor dem Kriege nach Polen kam, wo sie erkrankte und daher mit den Kindern dort bleiben musste. Der Mann ist wohlhabend in New York, kann aber der Familie nicht helfen. Um 6 Uhr abends, als ich sie fand, hatten sie seit dem vorigen Mittag noch nichts gegessen. Die Mutter konnte nicht nach der Küche gehen und ein 10 jähriges Mädchen lag fieberkrank. In der Familie befand sich auch ein 5 jähriges Kind, das seit 36 Stunden nichts gegessen hatte. Ich habe hunderte von Kindern und Erwachsenen in der fürchterlichsten Winterkälte barfuss gesehen und die wenigen Kleidungsstücke, die sie anhatten, waren zerrissene Fetzen, die ganze Erscheinung so schrecklich, wie man sie in Amerika sich nicht mal vorstellen kann. Krankheiten wie Auszehrung, Tuberkulose, Bauchtyphus u.s.w. wüten überall und wir haben hunderte von Kindern gesehen im Alter von 8, 9 und 10 Jahren, die man zufolge von Unterernährung auf den Händen tragen muss. Wie mir Dr. Goldflaum in Warschau erklärte, ist dies eine neue Krankheit. Durch die Unterernährung werden die Knochen ganz weich und biegen sich, wodurch die Kinder eine Art Entengang bekommen. Die Sterblichkeit der Juden in Warschau hat laut Statistik in den letzten Jahren um 150—200 % zugenommen. Am schlimmsten ist es, dass die ökonomische Lage immer ärger wird. Arbeit gibt es jetzt zwar etwas mehr, aber die grosse Zahl von Kleinhändlern und Angestellten, welche sich früher anständig ernähren konnten, sind jetzt alle brotlos und in einer ungeheuer verzweifelten Lage.

Die Juden der neutralen Länder haben gar keinen Begriff, wie bedauernswert und wie gross das Elend unserer Brüder im Osten ist. So habe ich z. B. in zahlreichen Häusern Warschaus gesehen, dass die Leute keine Leintücher in den Betten haben, weil man dieselben für die Leichnahme gebraucht hat; so gross war die Anzahl der Sterbefälle. In vielen Anstalten wurde mir gesagt, die Not sei jetzt nicht mehr so gross, weil es fast keine Leidende mehr gibt, da die meisten gestorben sind. Es ist keine Seltenheit, Kinder von 8—10 Jahren nachts um 12 Uhr auf den Strassen herumirren zu sehen, die niemandem gehören, da Vater und Mutter und Geschwister gestorben sind. Von Pinsk nach Warschau kam zu uns ein Junge von 13 Jahren, dessen Vater in Amerika ist und dessen Mutter und 16jähriger Bruder gestorben sind. Er muss nun für drei noch kleinere Geschwister sorgen. U. a. sah ich 18 Personen in einem kalten und schmutzigen Loch beisammen wohnen, in welchem man in Amerika nicht einmal einen Hund wohnen lassen würde.

Ich fahre jetzt nach Paris, wo sich die Vorsteher unserer Komitees befinden, um ihnen Bericht zu erstatten und von dort nach Amerika um zu beraten, was zu tun ist. Wir glauben nicht, dass die amerikanischen Juden allein die Lage wesentlich verbessern werden können. Es wird nötig sein, dass *alle Juden der Welt, die nur etwas vermögend sind, eine internationale Organisation schaffen* und folgende zwei Hauptzwecke durchführen: 1. Momentane Hilfe für die Hungrigen, 2. Konstruktive Arbeit in die Wege zu leiten, um die Notbedürftigen auf eigene Füsse zu stellen, damit sie nicht mehr auf Almosen angewiesen seien. Dazu wird man hunderte von Millionen Dollars brauchen. Meines Erachtens wird man grosse Anleihen machen müssen, um dieses Elend etwas zu mildern.

Man kann mit Armen und Reichen, Unwissenden und Gebildeten sprechen, alle sind ganz verzweifelt und hoffnungslos. In Litauen und Weissrussland, soweit uns Berichte zukommen, ist die Lage gerade so schlecht, wenn nicht noch schlimmer. Dort ist überhaupt nichts zu bekommen.

Ich glaube auch nicht, dass grosse Massen in den nächsten Jahren die Möglichkeit haben werden, auszuwandern. Amerika wird die Einwanderung sehr beschränken und Palästina kann in den nächsten Jahren höchstens 150,000 Personen aufnehmen. *Das Problem ist sehr schwierig und es muss in den Ländern gelöst werden, in denen die Juden sich jetzt befinden.* Augenblicklich herrschen Missverständnisse zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung in Polen, aber ich hoffe, dass allmählich auch diese Frage gelöst werden wird.

Pogrome in Permanenz.

Pogrom in Krakau.

Wir erhielten folgendes dringende Telegramm:

Wien, 10. Juni: Drahtet dringend nach Paris, dass am 6. Juni in Krakau ein grosser Judenpogrom stattgefunden hat, an dem sich die Soldaten der Armee

Haller in starkem Masse beteiligt haben. Der sozialdemokratische „Naprzód" stellt fest, dass es sich ausgesprochen um einen Judenpogrom handelt und zitiert den polnischen Generalstabsbericht, der die Teilnahme von Soldaten am Pogrom erwähnt. Siebzig Juden wurden schwer und hundert leicht verwundet. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen. Die Lage der Juden ist verzweifelt. Genaue Berichte werden wir, sobald sie hier einlaufen, weitergeben. Jüdischer Nationalrat für Ostgalizien."

Antisemitische Exzesse in Lemberg.

In den letzten Tagen fanden in Lemberg neuerdings verschiedene Ueberfälle auf Juden und Plünderungen jüdischer Geschäfte statt. Allein der Juwelier Zipper erlitt einen Schaden von mehr als einer halben Million Kronen. Es ereignen sich auch öfters Fälle gewaltsamen Bartabschneidens durch polnische Soldaten. Letztens wurden sogar jüdische Leichenzüge überfallen.

„Chwila" zufolge fanden auch am 1. d. M., nachmittags, antijüdische Ausschreitungen statt, bei denen viele Juden geprügelt und verwundet wurden. Es sind auch Fälle von Raub zu verzeichnen. Im Namen des jüdischen Rettungskomitees intervenierten die Herren Dr. Josef Parnas und Dr. Heinrich Rosmarin bei den zuständigen Behörden. Die designierte Militärpatrouille stellte die Ordnung wieder her.

Die Pogrome in Mittelgalizien.

Warschau, 7. Juni. Die Landeskommission zur Untersuchung der Pogrome in Mittelgalizien hat festgestellt, dass in den Städten Kolbuszowa und Rzeszow die Pogrome durch Ausstreuung böswilliger Gerüchte über das Judentum entstanden sind. Sie griffen in benachbarte Dörfer über. In Kolbuszowa sind fast alle Geschäfte und Häuser am Markt zerstört. Von 416 jüdischen Familien sind etwa 370 ausgeplündert. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 10 Millionen geschätzt. In Majdan sind von 170 jüdischen Familien 160 völlig ausgeraubt worden. Dieser Nachricht ist umsomehr Glauben zu schenken, als sie von der gewiss nicht judenfreundlichen Kommission des Landtages stammt.

Neue Schandtaten Hallerscher Soldaten in Czenstochau.

Krakau. Die Polen treffen jetzt militärische Massnahmen an der oberschlesischen Grenze. Hallersche Truppen sind in grosser Zahl in den Gegenden von *Czenstochau, Dombrowa, Zaworno, Oswiecim und Tarnow* konzentriert und an all diesen Orten folgen den Truppenbewegungen Judenpogrome. In Czenstochau kam es Dienstag zu wüsten antijüdischen Exzessen. Um die Mittagszeit begann die Jagd nach Juden. Hallersche Soldaten wetteiferten im Plündern, Rauben, Schlagen und dem schon gewohnten Bartabschneiden. Viele Juden wurden verwundet. Gegen 5 Uhr nachmittags verbreitete sich das Gerücht, dass aus einem Hause auf einen Soldaten geschossen wurde und dass der Soldat tot sei. Bald sammelte sich vor dem Hause eine ungeheure Menschenmenge, Zivilisten und Soldaten, an. Es meldeten sich „Zeugen", die behaupteten, der Erschiessung des Soldaten beigewohnt zu haben. Das Haus wurde gestürmt, die jüdischen Einwohner auf die Strasse geschleppt. *Wie Minister Wojciechowski nachträglich dem Abgeordneten Perlmutter bestätigte, war die ganze Geschichte eine Provokation.* Um 9 Uhr abends nahmen die Uuruhen einen höchst bedrohlichen Charakter an. Soldaten und Zivilisten zogen in das Judenviertel und schlugen jeden Juden, der sich auf der Strasse zeigte. Die Ortspolizei war diesem Treiben gegenüber machtlos. Als einige Polizisten den jüdischen Feldscher Nathanowicz zu einem Schwerverwundeten holten, griff ihn die Menge an und er wurde auf der Stelle erschlagen. Die Zahl der Ermordeten steht noch nicht fest, wird aber vom „Robotnik", der diese Vorgänge schildert, vorläufig mit fünf angegeben. In den Spitälern liegen zahlreiche Verletzte.

Zu Plünderungen kam es auch in *Chrzanow und Trzebinia.* Interventionen bei den kommandierenden Offizieren hatten keinen Erfolg, da die Soldaten den Gehorsam verweigern. Die jüdische Bevölkerung der genannten Orte flüchtet nach Krakau. (Wr. Morgenztg.)

Exzesse gegen Juden in Warschau, Petrikau und Krzepiec.

Den Warschauer jüdischen Blättern zufolge fanden dort vergangenen Freitag zahlreiche Ueberfälle von polnischen Soldaten auf Juden in der Jeruzalimskaja, Grojecka, Zelazna, Towarowa, Panska, Wielka, Tarczynska statt. Die jüdische Bevölkerung dieser Gassen wurde fürchterlich terrorisiert. Einen überaus drohenden Charakter nahmen die Exzesse in Ochota an, wo die Exzedenten fast alle jüdische Geschäfte plünderten. Auf Intervention der Abg. Dr. Thon und Dr. Hartglas wurde eine Militärabteilung entsendet, die die Ruhe wiederherstellte.

Antijüdische Exzesse fanden an demselben Tage auch in Petrikau statt, wo die beraubten Juden von den Räubern noch blutig geschlagen wurden. Die Gemeindepolizei wurde, als sie einzuschreiten versuchte, durch die exzedierenden Rekruten verhaftet.

Bei den Exzessen in Krzepiec wurden viele Juden verwundet. Der Stadtarzt wurde daran gehindert, den Verwundeten ärzliche Hilfe zu bringen.

Die Bestattung der fünf Pogromopfer in Czenstochau gestaltete sich zu einer stillen, aber um so erschütternden Manifestation der gesamten jüdischen Bevölkerung dieser Stadt. Sämtliche jüdischen Geschäfte waren geschlossen und blieben es während der ganzen Trauerwoche. Auch die nichtjüdische Bevölkerung war angesichts dieses Trauerzuges tief gerührt. Einen unvergesslichen Eindruck machte die zahlreiche Gruppe der verbundenen Pogromverwundeten, die lautlos den Särgen folgten.

Der Arzt Dr. Broniatowski, der die Pogromverwundeten verbunden hatte, äusserte sich, dass er während seines vierjährigen Militärdienstes an der Front, derart unmenschlich und grausam massakrierte Menschen nicht gesehen habe, wie es diese Pogromopfer sind.

Pogrom in Kolomea.

Der Ukrainische Pressedienst meldet: Sechs Stunden nach der Ueberreichung der Note an die Ukrainische Regierung — ohne eine Antwort abzuwarten — überfielen die Rumänen in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai das ukrainische Territorium. Als Vorhut liessen die Rumänen polnische Abteilungen, die seinerzeit bei Odessa im Kampfe gegen die Bolschewiken versagten und auf das rumänische Territorium übergegangen waren, einmarschieren, die ein Blutbad unter der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung der nichtsahnenden Stadt Kolomea veranstalteten.

Pogrom in Radomysl.

Ein in London eingetroffenes bolschewistisches Radiotelegramm meldet: Eine Bande Sokolisten ist in *Radomysl* eingedrungen und hat dort einen grossen Pogrom veranstaltet. Sie entwaffneten die Stadtmiliz und ermordeten 1000 Juden. Panzerautomobile wurden von Kiew gegen diese Sokolisten entsendet, um die Ordnung wieder herzustellen. (The Jewish Times.)

Exzesse in Drohobycz.

Lemberg, 2. Juni. Die polnischen Schulbehörden in Drohobycz haben, verlässlichen Nachrichten zufolge, zirka 400 jüdische Schüler aus den Mittelschulen ausgeschlossen, weil sie diese Schulen auch während der ukrainischen Okkupation besucht haben.

— Die jüdische Bevölkerung in Drohobycz, die trotz ihrer Neutralität während der ganzen ukrainischen Okkupation völlige Ruhe und Sicherheit ihres Lebens und Vermögens genossen hatte, bekam unmittelbar nach der „Wiederbefreiung" dieser Stadt durch die polnischen Truppen die „polnische Kultur" zu spüren: es brachen nämlich sofort antijüdische Exzesse aus, denen viele jüdische Geschäfte (Teicher, Pasternak, Bloch, Trauber, Herschmann und andere) und Privatwohnungen zum Opfer fielen.

Als Seitenstück hierzu ist auch das schändliche Verhalten eines Teiles der Drohobyczer „Polen mosaischer Konfession" zu verzeichnen. Viele von ihnen manifestieren nunmehr wiederum ihr „Polentum". So ist beispielsweise der Ausschluss von etwa 400 jüdischen Schülern aus dem Gymnasium auf eine Denunziation des „jüdischen" Professors Blatt zurückzuführen. Erwähnt sei, dass diese Ausschliessung gegen den Protest des polnischen Gymnasialdirektors Jarosz erfolgte, der auch erklärte, einen derart ungerechten Beschluss mit seiner Unterschrift nicht decken zu können.

(Wr. Morgenztg.)

Proteste.

Weitere Interpellationen wegen der Pogrome im englischen Unterhause.

London, 28. Mai. Im Unterhause wurde abermals eine Interpellation wegen der Pogrome in Pinsk und Wilna eingebracht, auf die die Antwort erteilt wurde, dass der englische Vertreter in Warschau zu energischen Vorstellungen beauftragt wurde, falls sich diese Nachrichten bewahrheiten.

Neuerliche Interpellation im englischen Parlamente.

London. Auf eine im Unterhause am 5. Juni gestellte Anfrage von Lord Henry *Cavendish-Bentinck* erklärte *Cecil Harmsworth*, der Vertreter des Aussenministers, er befürchte, dass es keinem Zweifel unterliege, dass letztens *tatsächlich antisemitische Unruhen in Polen vorgekommen seien und dass polnische Truppen sich daran beteiligt hätten.* Harmsworth erklärte weiter, dass ausserdem, dass England sich diesbezüglich an die Polen gewandt habe, S. M. Regierung Schritte nur zusammen mit den übrigen alliierten und assoziierten Regierungen unternehmen könne.

Der amerikanische Senat gegen die polnischen Pogrome.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus New York berichtet, dass der Senat in Washington beschlossen habe, die Pariser Friedenskonferenz zu ersuchen, gegen die Judenpogrome in Polen vorzugehen.

— Laut Spezialbericht der „Jewish Times" lenkte Marshall bei seiner Audienz bei Wilson wegen der Judenpogrome in Polen, Wilsons Aufmerksamkeit auch auf die Gefahr, die den Juden bei einem siegreichen Vormarsche von Koltschak drohe. Präsident Wilson konnte Marshall die beruhigende Erklärung machen, dass der Viererrat bereits Koltschak aufgefordert habe, strengstens darauf zu achten, dass in den Orten, die seine Armee erobern wird, keine Judenpogrome vorkommen.

Protest der Internationale.

Haag. *Camille Huysmans*, Sekretär des internationalen sozialistischen Büros, appellierte namens des Exekutiv-Komitees der Internationale an die Arbeiterpartei von England und an die sozialistische Partei Frankreichs, ihren ganzen Einfluss einzusetzen für das Vermeiden der systematischen antisemitischen Pogrome und Judenmetzeleien in Polen und andern Orten Osteuropas. Man hofft, dass dieser Appell der Internationale die sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs bewegen wird in dieser Hinsicht Schritte zu unternehmen.

Protest des Pro-Israele gegen die Judenpogrome.

Rom. Die nichtjüdische, zur Wahrung der Rechte des jüdischen Volkes gegründete italienische Vereinigung „Pro Israele" hat Minister Sonnino in Paris, folgenden Protest zugeschickt:

„Exzellenz! In Polen und in der Ukraine wüten fortgesetzt die schrecklichsten Judenmassakres. Die nichtjüdische Vereinigung „Pro Israele" protestiert vor der Friedenskonferenz gegen diese Verbrechen, die unser Volk und unsere Kultur schänden und ruft die Intervention der italienischen Regierung wie auch der Regierungen der Verbündeten an, dem ein Ende zu bereiten. Mit grösster Hochachtung der Präsident

G. Di Cesaro.

Westschweizerische Intellektuelle gegen die Pogrome.

Auf einem grossen Protestmeeting in Genf gegen die Judenpogrome in Polen wurde nachstehende Protest-Resolution gefasst und von dem Vorsitzenden, Prof. E. Montet, Altrektor der Genfer Universität an Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson telegraphiert:

„Meeting protestation contre nouveaux pogromes de Pologne tenu 31 mai Grande Salle Réformation Genève devant plus de 1000 participants sous présidence E. Montet, professeur, ancien Recteur Université et sous patronnage R. Gautier, Recteur Université, R. Chodat, A. Gautier, anciens Recteurs, P. Moriaud, Doyen Faculté Droit, P. Bovet, Directeur Institut J. J. Rousseau, Claparède, Pittard, Wuarin, professeurs Université, A. de Morsier, ancien député.

Après discours Z. Aberson, président Union Sioniste, A. de Meuron, ancien député, Frank Thomas, pasteur, résolution suivante a été adoptée unanimité, résolution que j'ai l'honneur de soumettre Votre Excellence.

„L'assemblée émue par les nouveaux pogromes de Pologne, exprime sa profonde indignation pour ces massacres.

Elle demande à la Conférence de la Paix de faire cesser immédiatement ces excès, et espère que le traité de paix garantira efficacement la sécurité des minorités nationales et le respect de leurs droits en Pologne. Le Président du Meeting E. Montet."

Paris, 11. Juni. Der Rabbiner Pack und der Ehrenpräsident der „Gesellschaft der jüdischen Freiwilligen" richteten an den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister sowie an das Ministerium des Auswärtigen einen Protest gegen die Pogrome, welche seit langer Zeit stattfinden und in letzter Zeit einen immer grösseren Umfang annehmen. (Neue Korrespondenz)

— Oberrabbiner *Onderwyzer* Amsterdam wandte sich telegraphisch an Lloyd George, Wilson, Clemenceau und Orlando mit der Bitte, sofortige Massregeln zu treffen, um den menschenentehrenden polnischen Schandtaten ein Ende zu bereiten. Er bat Baron Rothschild, Paris, Schiff New York, Lord Swaythling und Lord Rotschild, London, um gleichzeitige Intervention bei der Entente.

Die polnische Regierung gegen die Pogrome.

In dem Landtage nahestehenden Kreisen, wird auf das bestimmteste versichert, dass der Regierungschef und Oberkommandierende Pilsudski beschlossen habe, einen Aufruf zu erlassen, der in scharfer Weise gegen die Judenexzesse in Polen Stellung nimmt.

Der polnische Generalstab über den Bolschewismus.

Der polnische Generalstab veröffentlicht soeben eine Broschüre über den „Bolschewismus und die polnische Frage". Darin finden wir auch folgende Stellen: Solange wir auf dem leider so populären Standpunkt verharren, dass der Bolschewismus das Werk einer Gruppe jüdischer Banditen ist, werden wir gegenüber seiner Ausdehnung ganz hilflos sein. Dadurch, dass man die Bolschewiken Banditen schilt und die Juden mit Beschuldigungen überhäuft, wird nicht viel gewonnen. Bolschewismus ist nicht dasselbe wie Banditentum, trotzdem die russische Revolution an Momenten reich ist, die einen ausgeprägten banditischen Charakter aufweisen. *Der Bolschewismus ist nicht das Werk einer jüdischen Clique, trotzdem eine grosse Anzahl seiner Führer Juden sind.*"

Dazu bemerkt die Wr. Morgenzeitung: Endlich scheint also eine Einsicht zu dämmern, dass mit blossem demagogischen Schimpfen politische Probleme nicht zu lösen sind. Die polnischen Machthaber und Publizisten sollten die Bemerknng des polnischen Generalstabes beherzigen. Die Lügen über den angeblichen Grund der Pogrome sind dadurch wirkungsvoll entlarvt.

Machenschaften der amerikanischen Polen.

Ruben Fink berichtet im New Yorker „Tug", er habe positive Beweise erlangt, wonach die Polen in Amerika auf unglaubliche Weise gegen die Juden konspirieren. Sie suchen alle Regierungsbeamte, Senatoren und Kongressmitglieder zu beeinflussen, indem sie die perfidesten Beschuldigungen gegen die Juden erheben. Die Juden seien Bolschewisten und alle Nachrichten über Judenpogrome in Polen seien erdichtet. Am meisten hetzen sie gegen die Zionisten, die sie als Landesverräter bezeichnen. Die Zionisten trachten den Bolschewisten überall zu helfen und die Juden kontrollieren alle Zeitungen. Die Polen behaupten auch in ihren Resolutionen, dass die jüdischen Kaufleute ihre polnischen Angestellten entlassen und sie verlangen deshalb Extra-Gesetze gegen die Juden. Sie drohen offen, in Amerika einen Boykott gegen die Juden zu inszenieren um sich an den Juden zu rächen, wobei sie nicht einmal vor Gewalttaten zurückscheuen werden, d. h. in anderen Worten, dass man auch in Amerika von Polen veranstaltete Judenpogrome zu erwarten hat. Die polnischen Kundgebungen übertreffen an Schändlichkeiten alle bisher in Polen selbst veröffentlichten Kundmachungen. Die Juden sollen, wie die Polen sagen, Amerika verlassen, falls sie nicht zufrieden sind. Das schlimmste an der Sache ist, dass diese Machenschaften nicht ganz erfolglos geblieben sind. Elf Senatoren erklärten Ruben Fink, dass sie nicht gegen die Pogrome sprechen wollen, weil die Polen behaupten, die Juden hätten keine Beweise dafür, und die ganze Pogromgeschichte sei blosse zionistische Propaganda. Die Senatoren sind geneigt zu glauben, dass die Polen wirklich nur Bolschewisten morden und nicht Juden. Die Situation ist schrecklich, weil die Polen mit allen Kräften arbeiten und dabei weder Zeit noch Mühe sparen.

Der polnische Antisemitismus unheilbar.

„Times" vom 23. Mai enthalten einen Brief des bekannten Journalisten *Henry Brailsford*, welcher soeben aus Polen zurückgekehrt ist. Brailsford war zwei Wochen vor dem Massaker in Pinsk und berichtet, dass die

jüdischen Häuser beim Einzug der polnischen Truppen vollständig zerstört wurden; die Juden wurden ohne Entlohnung zu erniedrigenden Arbeiten gezwungen, die hebräischen Inschriften an Schulen und Spitälern wurden entfernt. Trotzdem die Juden 70 Prozent der Bevölkerung bilden, sind nur zwei von den zwölf Mitgliedern des Stadtrates Juden. In Brest-Litowsk sind die Verhältnisse nicht besser. Der Pinsker Kommandant drohte, jeden zehnten jüdischen Einwohner erschiessen zu lassen.

Nach Warschau zurückgekehrt, berichtete Brailsford Pilsudski diese Drohung und schrieb ein Memorandum für die britische Mission. Pilsudski sei persönlich liberal und human, aber er sei nicht stark genug, um die Abschlachtungen und Bedrückungen der Juden zu verhüten. Brailsford schreibt, man müsse wie er, die offene Verteilung antijüdischer Flugblätter durch die herrschende Partei Dmowski-Paderewski während der jüngsten Wahlen in Warschau gesehen haben, um sich vorzustellen, wie weit der Antisemitismus in die offizielle Politik eingedrungen ist. Nach Unterredungen mit polnischen Beamten und Offizieren sowie mit den jüdischen Führern habe er den bestimmten Eindruck gewonnen, dass die polnische Intoleranz unheilbar ist. Da man den Juden nicht Glauben schenken wolle, fühle er als Christ sich verpflichtet, dies zu bezeugen.

Antisemitischer Tumult im ponischen Landtage.

Bei der politischen Debatte im polnischen Sejm kam es zu einem grossen antisemitischen Skandal. Nach den verschiedensten antisemitischen Ausfällen sprach der Abg. *Dabski* auch von einer deutsch-tschechisch-ukrainisch-jüdischen 'Verschwörung. In aller Ruhe erwiderte Abg. Grünbaum und wies die Verleumdungen des Abg. Dabski betreffs der jüdischen Verschwörung zurück. Er erörterte die Tätigkeit der jüdischen Delegation in Paris, der die Polen antipolnische Hetze vorgeworfen hatten. Die Berichte der ausländischen Presse über die Pogrome seien von keiner geheimen jüdischen Seite irgendwie inspiriert, aber alles, was in Polen seit November vorgefallen ist, lasse sich nicht verheimlichen. Wenn die Juden in England, Paris, New-York, deswegen Lärm schlagen, so seien nicht die betroffenen Jnden die Verschwörer und Schuldigen, sondern die Arrangeure dieser Geschenisse. Es gebe gar keinen unsichtbaren elektrischen Knopf, der die polnischen Juden mit dem Auslande verbindet und dieser sei auch für Marshall, Weizmann, Sokolow und die andern einflussreichen Juden überflüssig; für sie genüge ein gewöhnliches Zeitungstelegramm, wenn auch nur von der polnischen Telegrafenagentur, um zu begreifen, in was für einer Hölle die Juden in Polen jetzt leben. Dieser Ausspruch entfesselte einen geradezu unglaublichen Sturm der Entrüstung und die Flut der erregten Zurufe dauerte mehr als 10 Minuten. Auch der Vorsitzende Landesmarschall *Trompczyski* hielt es für nötig dem Abg. Grünbaum zuzurufen: *„Niemand hält Sie davon zurück, den Staub von ihren Schuhen abzuschütteln.“*

Es dürfte wohl in der Geschichte des Parlamentarismus das erste Mal sein, dass der Präsident einer gesetzgebenden Versammlung einem Abgeordneten und Volksvertreter den Rat erteilt, sein Vaterland zu verlassen und auszuwandern. Das „demokratische“ Polen bewies damit am besten wie es sich mit seiner Demokratie verhält.

Der Umfang der Minoritätenrechte in Polen.

Krakau, 6. Juni. (Polnische Pressagentur.) Der Pariser Korrespondent des „Czas“ meldet, dass der Ausschuss für neue Staaten einen Vertrag zum Schutze der Minoritäten in Polen und in Rumänien ausgearbeitet hat, welcher den polnischen Vertretern bereits übermittelt wurde und gleichzeitig mit dem deutschen Friedensvertrage unterschrieben werden soll. Die Grundsätze des aus vierzehn Artikeln bestehenden Vertrages zwischen Polen einerseits und Frankreich, England, Amerika und Italien andererseits sind folgende:

Freies Optionsrecht und Freizügigkeit.

Innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrages werden alle in Polen seit 1. August 1914 wohnenden Personen das Recht haben, die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates anzunehmen. Nach Ablauf von drei Jahren werden diejenigen, welche eine andere Staatsbürgerschaft gewählt haben, in den betreffenden Staat übersiedeln dürfen; sie dürfen ihr unbewegliches Eigentum behalten und das bewegliche Eigentum ohne Zollabgaben mitnehmen.

Gleichberechtigung.

Alle polnischen Staatsbürger sind dem Gesetze gegenüber gleich. Das Glaubensbekenntnis darf kein Hindernis bei der Ausübung der politischen Rechte und bei der Zulassung zur Staatsverwaltung und zu irgendwelchen Berufen, bilden.

Keine Beschränkung im Gebrauch nicht-polnischer Sprachen.

Bezüglich des Gebrauches der nichtpolnischen Sprachen in privaten Beziehungen, im Handel, in religiösen Zeremonien, in der Presse und in den öffentlichen Versammlungen werden keine Einschränkungen erlassen werden. Polnische Staatsangehörige nichtpolnischer Zunge werden die Möglichkeit haben, ihre Sprache in Wort und Schrift vor den Gerichtshöfen zu gebrauchen.

Selbstverwaltung in sozialen, kulturellen und Erziehungsangelegenheiten.

Ebenso werden sie das Recht haben, soziale und Wohltätigkeits-Institutionen, Schulen und andere pädagogische Anstalten auf eigene Kosten zu gründen und in diesen Anstalten die eigene Sprache und Religion zu gebrauchen. Die polnische Regierung wird den öffentlichen Institutionen in den Städten und Bezirken, wo bedeutende Minoritäten wohnen, eine vernünftige Möglichkeit bieten, um den Unterricht der Kinder in ihrer eigenen Sprache zu sichern. Diese Minoritäten werden einen entsprechenden Anteil an den für diese Zwecke bestimmten Staats- und Gemeindegeldern haben.

Die durch die jüdischen Kultusgemeinden eingesetzten Schulkomitees in Polen werden die Verteilung der für die jüdischen Schulen zuerkannten öffentlichen Gelder unter staatlicher Kontrolle sichern.

Obige Vorschriften hindern die Einführung des obligatorischen polnischen Unterrichts nicht.

Schutz der Sabbatruhe.

Die Juden dürfen nicht zu Handlungen gezwungen werden, welche die Sabbatfeier verletzen und dürfen keine Rechte verlieren, wenn sie am Sabbattage vor dem Gerichtshofe nicht erscheinen werden. Eine Ausschreibung der Wahlen am Sabbattage wird nicht vorgenommen werden.

Sanktion durch die Verfassung und Garantie durch den Völkerbund.

Obige Bestimmungen die der polnischen Verfassung einverleibt werden, verbleiben unter dem Schutze des Völkerbundes und dürfen ohne Genehmigung der Leitung des Bundes nicht aufgehoben werden.

— Aus zuverlässiger Pariser Quelle wird dem Jüdischen Pressbureau in Stockholm telegraphiert:

Die polnische Friedensdelegation arbeitet an einer Denkschrift, in der nachgewiesen werden soll, dass die Vertragsbestimmungen betreffs der Rechte der Minderheiten in Polen eine Verletzung der Souveränität des polnischen Reiches bedeuten.

Die rumänische Regierung, die die Vertragsbestimmungen inbezug auf die Juden nicht unterzeichnen will, sucht jetzt die Naturalisierung der Juden zu beschleunigen, um der Intervention der Friedenskonferenz vorzubeugen.

Der Korrespondent der „Morning-Post" meldet, die polnische und rumänische Friedensdelegation arbeiten Hand in Hand mit der Absicht, die, die Minoritäten betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages, zu bekämpfen. Die Polen arbeiten mit dem Argument, die Juden, welche 14% der polnischen Bevölkerung bilden, sprächen einen deutschen Dialekt und wirkten in dem Interesse Deutschlands.

— Die „Joint Distribution" hat einen ausführlichen Bericht erhalten über eine Konferenz, die die amerikanisch-jüdischen Vertreter in Paris mit *Herbert Hoover* über die Lage der Juden in Polen hatten. Die Unterredung mit Hoover war von Louis Strauss arrangiert worden, und anwesend waren *Cyrus Adler*, *Louis Strauss* und *Miss Loenstein*. Der ebenfalls eingeladene *Louis Marshall*, war am Kommen verhindert. Hoover erklärte, dass er nach einem Gespräche mit einem polnischen Vertreter Grund zu glauben und zu hoffen habe, es werden von nun an viele Unannehmlichkeiten in diesem Lande vermieden werden. Laut Hoover wird wegen der schauderhaften Vorfälle in Pinsk eine strenge Untersuchung geführt. Er glaube jedoch nicht, dass die ganze Wahrheit je an den Tag komme. Jedenfalls wird die Untersuchung den Umgebrachten nicht mehr helfen können. Der von Amerika bestimmte amerikanische Vertreter in Polen werde sicherlich die richtige Person wählen, um Amerika bei dieser Untersuchung zu vertreten. Im Verlaufe der Unterredung bemerkte noch Hoover, dass die prominenten Juden Amerikas und anderer Länder etwas unternehmen müssten, um die Juden in Polen davor zurückzuhalten, Fehler wie bisher zu begehen und politische Spaltungen hervorzurufen. Die Juden müssen darauf bestehen, politische Gleichberechtigung und Religionsfreiheit zu erlangen; jedoch sei es ein grosser Fehler, bei den Diskussionen von nationalen Rechten zu sprechen. Das „Joint Distribution Committee" soll seine Aufbauarbeiten in Polen fortsetzen, bei welchen ihm die amerikanische Hilfs-Administration auch weiterhin jede mögliche Hilfe angedeihen lassen wird. Dieses Komitee soll fortfahren, lokale Komitees für diesen Zweck zu organisieren, aber die Hilfs-Arbeit in Polen oder anderswo soll keinen politischen Charakter tragen und die, welche sich mit dieser Arbeit befassen, dürfen keine Politik gegen die bestehenden Regierungen treiben. Hoover erwähnte auch seine Erfahrungen, die er in Belgien bei seinem Hilfswerk gemacht habe und betonte nochmals, es sei am besten, das Land, in dem man wohne, zu unterstützen, weil dies der sicherste Weg sei, politische und religiöse Freiheit zu erlangen.

Cyrus Adler erklärte, dass auch er derselben Meinung wie Hoover sei, dass die Juden blos politische Gleichberechtigung und religiöse Freiheit fordern sollen. *Alle jüdischen Vertreter der osteuropäischen Länder beharrten jedoch auf ihrer Forderung nach nationalen Rechten und diese Vertreter kennen doch wohl besser die Lage der dortigen Juden und sind deshalb diesbezüglich die besten Richter.* (Tug und Wahrheit.)

(Siehe No. 37 der „J. P. Z.", worin es ebenfalls heisst, dass auf Anraten eines hohen Beamten der amerikanischen Delegation das jüdische Memorandum die Forderung auf nationale Rechte nicht enthalte.)

Die polnische Presse zum Minoritätenschutz.

Der Krakauer antisemitische „Illustrowany Kuryer Codzienny" vom 6. d. M. zitiert in einem Artikel „Die Entente beabsichtigt Polen in ein Judaeo-Polen zu verwandeln" die bekannten internationalen Garantien zur Sicherung der nationalen und konfessionellen Minoritäten und macht hierbei folgende Bemerkungen:

„Diesen Bestimmungen gemäss wäre Polen in ein Judaeo-Polen im buchstäblichsten Sinne des Wortes verwandelt, die Polen würden zu Parias im eigenen Vaterlande, die gezwungen wären, Hebräisch oder Jargon zu lernen, um sich mit einem Zionisten vor Gericht verständigen zu können. Es versteht sich wohl von selbst, dass der Warschauer Landtag einen solchen Vertrag nicht genehmigen kann, welcher — wie man in parlamentarischen Kreisen behauptet — ein einseitiges Diktat zu Gunsten der jüdischen Bevölkerung wäre, die doch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den polnischen Staat bekämpfte. Würde man, was ganz ausgeschlossen ist, diesen Vertrag Polen aufoktroyieren und sollten die Polen dessen Bestimmungen gedankenlos genehmigen, so wären die Juden bei uns derart privilegiert, wie in keinem Staate der Welt. Polen wird dann diesem Vertrage zustimmen, wenn ihn diejenigen Staaten, welche ihn uns aufoktroyieren wollen — zuerst bei sich einführen. Das Projekt dieses Vertrages, ein Werk der ausländischen jüdischnationalistischen Organisationen — führt das jüdische Ghetto ein und gräbt einen schrecklichen Abgrund zwischen der polnisch-katholischen und der jüdischen Bevölkerung. Die jüdischen Politiker täuschen sich auch nicht über die verhängnisvollen Folgen dieses Projektes, und der Herr Abgeordnete Liebermann in Paris tut alles, um dieses Projekt gründlich zum Scheitern zu bringen. Jedenfalls spielen die jüdischen Nationalisten mit dem Feuer".

(Der Abgeordnete Liebermann ist jüdischer Sozialdemokrat und soll als Gesandtschaftsrat den als Botschafter für London in Aussicht genommenen Fürsten Sapieha begleiten. In keinem Lande ist der Typus des „Hausjuden", der sich zu allem gebrauchen lässt, so zahlreich vertreten wie in Polen. Es ist leicht möglich, dass auch Liebermann sich zum Werkzeug der Pogrom-Schlachta hergeben wird. (Wr. Morgenztg.)

— Der „Goniec Krakowski" schreibt, dass die Realisierung der jüdischen Autonomie in Polen den polnischen Staat aus einem Nationalstaat zu einem Nationalitätenstaate machen würde. Laut dem Goniec ist die vom ihm absolut nicht abgeleugnete Tatsache, dass die Juden über das ganze Territorium Polens zerstreut sind, nicht massgebend, sondern einzig und allein die Frage, ob man die Juden als Nation bezeichnet oder nicht. Der Artikel fordert zum Schluss die Assimilanten und Orthodoxen auf, ehestens nach Paris Delegierte zu entsenden um zum Wohle sowohl Polens wie auch der Juden den zionistischen Vorschlägen entgegenzuarbeiten.

Weitere Pressestimmen.

Dass die im Friedensvertrag vorgesehenen Bestimmungen zur Sicherstellung der Minderheiten in Polen in der polnischen Presse keine günstige Aufnahme finden würden, war vorauszusehen. Die Art und Weise aber, wie die polnische Presse auf diese Bestimmungen reagiert, zeigt am eindringlichsten, wie notwendig sie sind.

Die „Gazeta Polska", das Organ der Progressisten schreibt, die Bestimmungen zum Schutze der Minoritäten seien einerseits das Resultat des jüdischen Einflusses und der jüdischen Finanzmacht, aber andererseits auch der reaktionären Politik der von Dmowski geführten national-demokratischen Partei, die durch ihre langjährige Judenhetze und durch die Pogrompraxis Polen vor der Welt kompromittiert habe. Das Blatt sagt, es genüge, dass die jüdischen Politiker in Paris Dokumente aus den Wahlkämpfen der Dmowski-Partei vor dem Kriege, Zitate aus dem national-demokratischen Boykottistenblatt „Dwa Grosze", sowie Dokumente aus der Wahlkampagne zum Landtage, Progromaufrufe und Progromplakate vorlegen — dies Material allein genüge schon, Polen vor der Welt zu kompromittieren. Die national-demokratische Partei, die nichts gelernt und nichts vergessen habe und deren Führer Polen in Paris vertreten, müssen von der politischen Arena verschwinden. Das Blatt schliesst mit der Forderung an den Landtag, eine vom Geiste der wahren Demokratie erfüllte Konstitution zu schaffen. Das würde die beste Antwort auf die Friedensvertrags-Klausel betreffs der Minoritäten sein.

Der Krakauer konservative „Czas" meint, internationale Garantien für Bürger anderer Sprache, anderer Rasse und anderer Religion stelle Polen unter die Vormundschaft des Völkerbundes. Der betreffende Paragraph, der die fremde Einmischung in innere Angelegenheiten Polens bedeute und für das neue *polnische Reich beleidigend und erniedrigend* sei, sei in erster Linie das Ergebnis der *jüdischen Agitation*. Die Exzesse in Ostgalizien hätten ungeheuer geschadet, da sie den Gegnern Tatsachen in die Hand gegeben haben, die als Anarchie und praktischer Bolschewismus gedeutet werden können.

Der Krakauer „Glos Narodu" meint, die Friedenskonferenz behandle die Polen, als ob sie ein *wilder, afrikanischer Stamm* wären.

Die Lemberger „Gazeta Poranna" schreibt, auf dem Gebiete Polens bedürfe es keiner fremden Protektoren für die nationalen Minderheiten. Polen habe verstanden und verstehe selbst, fremde Freiheit zu schützen.

Der „Kuryer Warszawski" führt aus: Wenn die Juden als nationale Minderheit anerkannt und ihre Rechte durch den Friedensvertrag gewährleistet werden sollten, so würde das den Sieg der Zionisten über die Assimilanten bedeuten. Internationale Garantien für die Minoritäten würde Polen auf die *gleiche Stufe wie die frühere Türkei* mit ihren bekannten „Kapitulationen" herunterbringen. Durch aufgezwungene Dekrete könne die jüdisch-polnische Frage ihrer Lösung nicht im mindesten näher gebracht werden, sondern im Gegenteil, die jüdisch-polnischen Beziehungen würden sich noch verschlechtern, da die Staatspolitik gezwungen sein werde, die Juden im Wege der *Emigration so schnell wie möglich los zu werden.* (St. Pr. B.)

Chronik.

Nichtausweisung jüdischer Flüchtlinge. Die tschechischen Behörden wollten schon vor mehreren Monaten die Juden, die während des Krieges aus Galizien eingewandert waren aus Mährisch-Ostrau und Umgebung ausweisen. Diese Judenausweisung wurde jedoch eingestellt und zwar, wie die tschechische Presse berichtet, infolge eines aus Paris auf Befehl Amerikas eingetroffenen Verbotes.

Die Hilfstätigkeit für die jüdischen Pogromopfer in Lemberg.

Einem in der Lemberger „Chwila" erschienenen Berichte des dortigen jüdischen Rettungskomitees über dessen Hilfstätigkeit zugunsten der Pogromopfer in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis Ende März 1919 seien folgende Daten entnommen: Die Einnahmen dieses Komitees betrugen K. 2,960,690.—. Ungefähr ein Drittel dieses Betrages rührt von den Lemberger Juden selbst her, der Rest setzt sich aus grösseren oder kleineren Spenden und Sammlungen in- und ausländischer jüdischer Organisationen zusammen. Gegenüber einer Spende der Krakauer Kultusgemeinde von K. 15,000.— verdient der Beitrag des dortigen Jüdischen Nationalrates im Betrage von K. 200,000.— besondere Erwähnung.

Die Ausgaben betrugen in diesen vier Monaten K. 644,095.—. Davon wurden durch die Abteilung für rasche Hilfe, der Professor Dr. Schorr vorsteht, an 3200 Familien über K. 360,000.— verteilt. Die Abteilung für wirtschaftlichen Wiederaufbau unter Leitung des Dr. Korkis gab für die Wiederaufrichtung der Existenz von 108 Kaufleuten und 96 selbständigen Handwerkern sowie für die Gründung einer Kürschner- und Schneiderwerkstätte K. 161,350.— aus. Die Wohnungs- und Beheizungsabteilung unter der Leitung des Dr. Dogilewski verteilte 772,8 Zentner Kohle und 218,25 Zentner Brennholz. Die Sektion für Kinderschutz unter Leitung der Frauen Dr. *Reichenstein* und Dr. *Klaften* brachte 507 Waisen in 6 Waisenhäusern unter. Die von Dr. Tobias *Askenazy* geleitete Abteilung für Schadenersatz nahm mit 4820 ausgeraubten Juden ausführliche Protokolle auf. Der materielle Schade der Novemberpogrome beläuft sich auf mehr als 102 Millionen Kronen.

Warschau 29. Mai. Vorige Woche kam es in *Zakrotschin* zu grossen antijüdischen Exzessen. Die Hallerschen Soldaten plünderten jüdische Geschäfte und Wohnungen, wobei viele jüdische Bürger schwer verwundet wurden. *Diese Exzesse wurden bei den Klängen der Militärkapelle vollführt.* Der Sekretär des jüdischen Nationalrates, Advokat *Brianski*, begab sich nach Zakrotschin und intervenierte beim Kommandanten dieser Truppen, dem französischen *General Petit de Manget.*

Der General erklärte, er könne es nicht begreifen, was mit den Soldaten geschehen sei. Sowohl in Frankreich als auch auf dem Wege nach Polen hätten sie sich gehörig aufgeführt. In Polen hätten sie sich im Verlaufe einiger Tage gänzlich verändert. *Es sei dies der Verhetzung seitens der polnichen Bevölkerung zuzuschreiben.* Der General versprach es, dass er alle Mitteln anwenden werde, um weitere Exzesse zu verhindern und dass alle geraubten Sachen den Eigentümern zurückgestellt werden.

— General *Haller* hat sein dem Abg. Rabbiner *Halpern* gegebenes Versprechen eingelöst und ihm eine Abschrift einer Bekanntmachung und zweier Tagesbefehle zugeschickt, die er an seine Soldaten erlassen hat. Einer dieser Tagesfehle lautet: „Soldaten! Ich vernehme seitens der jüdischen Bevölkerung, dass das polnische Militär sich gegen die Juden auf eine Weise benimmt die keineswegs dem Heldentum und der Ehre des polnischen Soldaten entspricht. Soldaten schlagen, peinigen und verwunden schutzlose Juden und vernichten dabei deren Vermögen. Dieses Vorgehen entspricht nicht der Ehre des polnischen Soldaten, der im Dienst einer heiligen Sache steht. Für die Drangsalierung, sei es welcher Bevölkerung immer, werden alle Schuldigen strenge bestraft und einem Feldgericht übergeben werden. Der polnische Soldat muss sich stets durch gute Aufführung auszeichnen. Jedem Bürger des polnischen Staates, welcher Nation oder Religion immer, muss der polnische Soldat überall und stets den Eindruck eines Soldaten machen, der ganz einer heiligen Sache geweiht, nur den einen Gedanken hat, sein Vaterland wieder aufzubauen. Dieser Befehl soll in allen Abteilungen, die mir unterstellt sind, vorgelesen werden. General Haller.

Judenmisshandlung — eine militärische Angelegenheit.

Warschau, 5. Juni. Auf der Rückreise von seiner Lubliner Audienz beim General Haller bemerkte der Abgeordnete Rabbiner Halpern, wie am Bahnhof in Pulawa und Otwock Juden durch polnische Soldaten misshandelt wurden. In Otwock stieg er aus dem Eisenbahnzug und intervenierte zugunsten der misshandelten Juden, worauf ihm von einem Chargierten erwiedert wurde, er solle sich in „militärische Angelegenheiten" nicht mengen. Erst der daraufhin erschienene Bahnhofkommandant bereitete dem antisemitischen Treiben der Soldaten ein Ende.

Warschau. Dienstag den 20. Mai wurde Landtagsabgeordneter Rabb. Halpern auf dem Rückweg vom Landtag gegen 6 Uhr abends von drei Soldaten überfallen. Einer der Soldaten griff nach dem Zylinderhut des Abgeordneten mit der Frage: „Jud, wo hast du den Zylinder her?„ Als Abgeordneter Halpern antwortete: „Woher ich den Zylinder habe, ist meine Sache", misshandelten ihn die Soldaten und rissen ihm die Haare aus. Als der Abgeordnete ihnen mit der Arretierung drohte und seine Legimationen vorwies, liessen die Soldaten von ihm ab und entfernten sich.

Zionistische Vertreter beim amerikanischen Gesandten in Warschau.

Am 26. Mai empfing der amerikanische Gesandte in Warschau, Herr *Gibson,* in Audienz die Herren Podliszewski, Dr. Klumel, Farbstein und Rabbiner Zlonik als Vertrerer der zionistischen Organisation. In ihren Ansprachen drückten Dr Klumel hebräisch und Farbstein polnisch die Dankbarkeit der polnischen Juden für das amerikanische Volk und seinen Präsidenten Wilson aus für die Unterstützung bei der Lösung der Judenfrage im Sinne der Wünsche der nationalen Juden. In seiner Antwort äusserte der Botschafter u. a., dass er persönlich stets bereit sei, der zionistischen Organisation seine Hilfe angedeihen zu lassen.

Warschau. Die Herren *Rosenfeld, Awrach* und *Kaminer*, die als Delegation der polnischdn Orthodoxie sich vor einigen Wochen nach Paris begeben hatten, teilten telegrapfisch mit, dass sie sich von Paris nach London begeben, um dort ihre Unterhandlungen mit den massgebenden Kreisen und Organisationen fortzusetzen.

Landtagswahl in Bialystok.

Warschau, 31. Mai. In Bialystok wurden für den 15. Juni l. J. die Wahlen zum polnischen Landtag angesetzt. Im Hinblick auf den Prozentsatz der dortigen jüdischen Bevölkerung besteht die Aussicht auf Durchbringung zweier jüdischer Kandidaten.

— Die Bialystoker polnischen Behörden haben das Affichieren von Plakaten und Kundgebungen in jiddischer Sprache verboten. Selbst Kundgebungen des Rabbinates und der jüdischen Kultusgemeinde dürfen nur polnisch gedruckt werden.

Die Juden in Litauen.

Warschau, 31. Mai. In Kowno fand kürzlich ein von allen jüdischen Parteien nach Tausenden besuchtes Meeting statt, das gegen die letzten Geschehnisse in Wilna protestierte und sämtliche litauische Juden aufforderte, für die Freiheit der litauischen Republik zu kämpfen.

Die litauische Regierung liegt gegenwärtig in der Hand der linken demokratischen Elemente. Es werden jetzt mit den jüdischen Führern Verhandlungen über den Eintritt eines Juden in das Kabinett geführt. Der aussichtsreichste Kandidat für diesen Posten ist der angesehene jüdische Gelehrte *Dr. Max Solowejczik.* In den Ministerien sind viele Juden als Beamte beschäftigt. Vizehandelsminister ist der Jude Dr. Rachmilewicz, Advokat Rosenbaum ist Vizeminister für Aeusseres und weilt gegenwärtig in Paris als Vertreter der Regierung bei der Friedenskonferenz.

Wilna. Die für den 22. Mai einberufene Plenarsitzung der Wilnaer jüdischen Gemeinde konnte nicht stattfinden, weil vor der Eröffnung ein eingetroffener Offizier erklärte, dass die Sitzung blos in polnischer Sprache geführt werden dürfe. Alle Einwände Dr. Wigotzkis, dass Juden nur jiddisch verstehen und dass ihm auch der Zivilkommissar von Litauen und Weissrussland, Osmolowski erlaubt habe, die Sitzung jiddisch zu führen, fruchtete nichts. Die Wilnaer jüdische Gemeinde erklärt in einer scharfeu Resolution, dass dieses willkürliche Vorgehen im Widerspruch zu den Versprechungen stehe, die der Regierungschef Pilsudski in seinem bekannten Aufrufe an die litauische Bevölkerung proklamiert hat.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich